

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinr. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Achen, Krefeld, Luff. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat L.— M.

Nummer 31

Düsseldorf, den 6. August 1932

Verlandort Krefeld

Staatsbejahung

M. In Zeiten politischer Entscheidungen von so weittragender Bedeutung wie bei den gegenwärtigen Vorgängen ist die Klarheit des Urteils über grundsätzliche staatspolitische Fragen von doppelter Bedeutung. Nur wenn diese klare Urteilsfähigkeit über die staatspolitischen Grundsätze selbst vorhanden ist, ist es auch möglich, über die daraus sich ergebenden Konsequenzen zu den verschieden gearteten politischen Sonderfragen klar und objektiv zu urteilen und dazu konkret Stellung zu nehmen. Das gilt insbesondere für die Frage der Stellung zum Staate überhaupt, der grundsätzlichen staatspolitischen Orientierung. Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme und Einstellung zum Staate hängt unsere ganze politische Haltung ab. Die Frage: Wie stehen wir zum Staate? ist für unser ganzes politisches Urteilen und Handeln entscheidend. Sie ist die Grundfrage nach unserer politischen Grundlagen, nach dem Fundament unseres politischen Denkens. Darum ist sie auch keine Frage parteipolitischer Art. Sie kann weder parteipolitisch gestellt, noch parteipolitisch beantwortet werden — sondern ist eine Frage der gesamtpolitischen, der grundsätzlichen Haltung und Beantwortung. Es ist die Frage „Für oder gegen den Staat“ überhaupt.

Auch für uns als christliche Gewerkschaften ist diese Frage nach unserer Stellung zum Staate deshalb von grundsätzlicher Bedeutung. Sie kann von uns, die wir auf dem Boden der christlich-nationalen Staatsauffassung, auf dem Boden des sozialen Volksstaates stehen, nur bejaht werden. Wir stehen zum Staate, bejahen den Staat, weil in seinen Grundlagen — der Reichsverfassung — unsere christlich-nationale und soziale Staatsauffassung bejaht und verankert ist. Dabei erkennen wir keineswegs die Mängel, die — nicht zuletzt im Sozialen — dieser Staat gegenwärtig noch bejaht. Wir verurteilen nicht seine grundsätzliche positive, verfassungsmäßige Fundierung, und darum stehen wir auch grundsätzlich zu ihm, sind staatsbejahend. Staatsbejahend, weil wir die soziale Gemeinschaft aller Stände und des Gesamtvolkes erstreben.

Jene grundsätzliche Bejahung des Staates aber verpflichtet uns für den Staat. Darüber hinaus verpflichtet uns das Grundgesetz seiner Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Das bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß es von uns, vom Gesamtvolke, abhängt, wie es um den Staat in seiner Führung und Entwicklung bestellt ist — wie dieser Staat ausfällt. Und gleichzeitig verpflichtet uns diese Staatsbejahung, für den Staat, sein Bestehen und künftiges Werden einzutreten, an seiner weiteren Gestaltung aktiv mitzuwirken und den Staat in seiner Existenz selbst zu sichern.

Diese Sicherung des Staates in seiner von uns bejahten grundsätzlichen verfassungsmäßigen Form als sozialer Volksstaat muß insbesondere gegenwärtig unsere Pflicht sein. Denn darüber kann für uns kaum noch ein Zweifel bestehen, daß dieser verfassungsmäßige Volksstaat in seiner Existenz außerordentlich ernst bedroht und gefährdet ist. Gefährdet von mehreren Seiten aus. Jeder, der die politischen Strömungen und Vorgänge der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, und aus ihrer Gesamtheit und aus ihren inneren Zusammenhängen ein konkretes Bild zu machen vermag, wird das bestätigen finden:

Gefährdet ist der von uns bejahte Volksstaat zunächst durch jenen politischen Radikalismus, wie er von links und von rechts in unserem Volke geschürt wird. Was steht dahinter?, so müssen wir uns fragen.

Hinter dem Radikalismus von links, dem Kommunismus, die Diktatur Sowjet-Rußlands, die sogenannte „Diktatur des Proletariats“. Mit dem wahren Wesen des sozialen Volksstaates, in dem die gleichberechtigte politische Mitbestimmung, die Freiheit und soziale Gleichberechtigung aller Stände und Volksschichten oberster Verfassungsgrundsatz ist, hat sie nichts gemein. Sie ist aber in Wahrheit auch nicht politische und soziale Freiheit der Arbeiterschaft, sondern Diktatur einiger Weniger, einer kleinen Gruppe politisch Bevordrehteter über das Proletariat. Aus beiden Gründen müssen wir sie ablehnen und abwehren als staatspolitische Gefahr. Ihre Folge wäre nicht nationale und soziale Befreiung und Befreiung unseres Volkes, sondern staatspolitischer Verfall und Niedergang.

Eine gleiche Gefahr für den von uns bejahten sozialen Volksstaat aber bedeutet auch der politische Radikalismus von rechts: der Nationalismus. Auch er erstrebt nicht die politische und soziale Freiheit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung aller Stände und Volksschichten, sondern eine Staatsform der absoluten unbedingten Führerherrschaft, die wiederum in die ausschließliche Machtbefugnis einiger Weniger gelegt werden soll und schließt die Gesamtheit aller Stände und Volksschichten von der politischen Selbstbestimmung aus. Darüber hinaus macht er eine unnatürliche und der politischen Vernunft widerprechende Klassenunterscheidung in

Kampf um den Staat!

Der „Kampf um den Staat“ ist es, um den letzten Endes die gegenwärtigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen — ganz gleich, welcher Art sie im einzelnen sein mögen — gehen. Die ausschlaggebende Frage, die im Hintergrunde all dieser Auseinandersetzungen steht, ist die Frage nach der Führung des Staates und die Frage um die Macht des Staates. Ganz abstrakt lautet diese Frage so: Wer soll die politische Führung des Staates und die Macht des Staates in der Hand haben? Unsere Antwort auf diese Frage ist klar und eindeutig: Die politische Führung ebenso wie die Macht des Staates können nur bei dem Volke selbst liegen. Durch seinen politischen Willen muß das Volk selbst die Führung des Staates bestimmen; durch seinen sozialen und politischen Willen dieser Führung die Macht übertragen. In dieser Eigenbestimmung des Volkes über sein politisches Schicksal, über seine Führung liegt letzten Endes ja das Wesen des sozialen Volksstaates begründet.

Diese Stellungnahme aber macht für uns auch die Abwehr aller Bestrebungen notwendig, die — gleich ob auf legalem oder auf illegalem Wege — sich die Macht-ergreifung des Staates durch eine kleine Clique sozial oder politisch Sonderberechtigter zum Ziel gestellt hat. Notwendig ist insbesondere für uns die Stellungnahme und Abwehr gegenüber jenen Bestrebungen, die zur Erreichung dieses Zieles darauf hinauslaufen, einen „Staat im Staate“ und gegen den Staat zu bilden. Wir sehen diese Bestrebungen in dem Vorgehen jener kommunistischen Kampforganisationen, die durch Rot-Front-Organisationen und kommunistische Kampfbünde haben. Wir sehen die gleichen Bestrebungen aber auch in der Bildung jener nationalsozialistischen S. A. und S. S. Gruppen, die mit dem Mittel militärisch formierter Kampforganisationen wiederum letzten Endes auf die Erringung der staatlichen Macht hinauslaufen. Diese staatsfeindlichen Organisationen schwächen nicht allein das innen- und außenpolitische Ansehen des Staates, sondern sind auch erfahrungsgemäß eine Quelle ständiger sozialer und politischer Unruhen und gefährden damit die Existenz und Entwicklung des Staates überhaupt. Sie laufen darauf hinaus, die politische Selbständigkeit, freie Meinungsbildung und Entscheidung des Volkes zu beeinträchtigen und zu unterbinden.

Wohl verstanden: Jene kommunistischen und nationalsozialistischen Kampfbünde sind nicht zu vergleichen mit der Gegenorganisationen, die eine staatsbejahende Arbeitnehmerschaft und das staatsbejahende ordnungsliebende Bürgertum überhaupt sich schuf in der „Volksfront“ auf unserer und in der „Eisenen Front“ auf sozialistischer Seite. Diese Organisationen haben eine staatspositive Aufgabe: Sie schützen und stützen den Staat in seiner Entwicklung und seinem Bestehen. Sie wollen ihn verteidigen gegen jene illegalen Angriffe und Putsch seiner Gegner. Sie tragen den Staat selbst im Willen des ordnungs- und staatsbejahenden Volkes. Sie sind Träger des Staates.

Träger des Staates aber ist in ihrer sozialen und gesamtpolitischen Funktion darüber hinaus insbesondere

der sozialen Bewertung und Mitberechtigung des Volkes, die auch dem wahrhaft sozialen Grundgedanken von der sozialen Gleichberechtigung aller widerspricht. So bringt er wiederum keinen sozialen Volksstaat, sondern einen unsozialen Rassen- und Klassenstaat, den wir ebenso ablehnen und abwehren müssen.

Die letzte und größte Gefahr aber droht dem von uns bejahten sozialen Volksstaate aus jenen dunklen Bestrebungen, die hinter dem Radikalismus von links und rechts stehen und sich seiner für ihre Bestrebungen bedienen: In jenem Machttreiben einer kleinen Clique von Leuten, die von jeher Gegner des sozialen Volksstaates waren und ihn offen und insgeheim mit allen Mitteln bekämpfen. Sie wollen an seine Stelle, an die Stelle der Gleichberechtigung und politischen Mitbestimmung aller Volksschichten, wieder die Vorherrschaftsverhältnisse der ausschließlichen Gewalt ihrer Clique, die Klassenherrschaft der „Feudalen“, der Begüterten, des Adels, hoher Militärs und der Besitzenden. Die Radikalisierung der Massen aber soll ihnen, so rechnen sie, auf dem Wege über Putsch und Selbstzerlegung der unteren Volksmassen, notfalls durch gewalttätige Diktatur, diese Macht wieder in die Hände spielen. Was das „Volk“, und insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, dann erwartet, brauchen wir nicht zu fragen.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Diese staatspolitische Bedeutung insbesondere der christlichen Gewerkschaften wird leider nicht nur in der Arbeiterschaft selbst, sondern auch in der Gesamtheit unseres Volkes noch kaum richtig erkannt. Man genügt dem Wesen der Gewerkschaften nicht, wenn man dieselben nur in ihrer sozialen lohnpolitischen Funktion einschätzt. Die Auswirkung der Gewerkschaften und ihre Tätigkeit ist vielmehr von grundlegender Gesamtschafts- und staatspolitischer Bedeutung. Man kann getrost die Behauptung aufstellen, daß die Gewerkschaften es gewesen sind, die überhaupt erst die unteren Volksschichten zu einer positiven staatsbejahenden Stellung geführt haben. Ohne die lohn- und sozialpolitische Funktion der Gewerkschaften, insbesondere aber ohne die gewalttätige staatspolitische Bildungsarbeit der Gewerkschaften wäre niemals eine positive Eingliederung der unteren Volksschichten in den Staat als staatsbejahende Volksgemeinschaft möglich gewesen. Noch heute stünde ohne diese Tätigkeit und Auswirkung der Gewerkschaftsarbeit das Volk selbst dem Staate fremd und feindlich gegenüber. So ist ohne diese Funktion der Gewerkschaften der heutige, das Gesamtvolk umfassende Staat überhaupt nicht denkbar.

Indem wir für die Gewerkschaften und für die christlichen Gewerkschaften insbesondere eintreten, treten wir deshalb zugleich auch ein für den Staat selbst. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Es ist angesichts dieser Funktion der Gewerkschaften nicht zugleich für den sozialen Volksstaat eintritt. Es ist aber andererseits ebenso wenig möglich, für den sozialen Volksstaat einzutreten, ohne zugleich auch die Notwendigkeit der Gewerkschaften zu bejahen. Wer es ehrlich mit dem sozialen Volksstaat meint, muß auch für die Gewerkschaften sein. Besonnene und weitblickende Unternehmer, die sich nicht nur von kleinlichen lohnpolitischen und privategoistischen Gesichtspunkten leiten lassen, haben das selbst oft genug ehrlich zum Ausdruck gebracht. So wie die Gewerkschaften „Organ der Volkswirtschaft“ sind (Prof. Brauer) sind sie zugleich auch staatspolitisch notwendiges Organ auch im Staate.

Diese Feststellung führt zu einer doppelten Schlussfolgerung:

Zunächst zu der Erkenntnis, daß die Gewerkschaften in der gegenwärtigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Lage für die Arbeiterschaft selbst doppelt notwendig sind. Mehr denn je bedarf die Arbeiterschaft im gegenwärtigen Kampf um ihre sozialen und politischen Belange und um die Erhaltung ihrer Existenz überhaupt der Gewerkschaften. Darüber hinaus aber sind die Gewerkschaften nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die Gesamtinteressen unseres Volkes staatspolitisch notwendig. Wem es darum ernst gemeint ist mit seinem Eintreten für die Arbeiterschaft, und wem es ernst gemeint ist mit seinem Eintreten für den gesamten sozialen Volksstaat, der muß auch eintreten für die christlichen Gewerkschaften! —

Aus unserer Staatsbejahung heraus müssen wir uns gegen alle diese Bestrebungen auf die Befestigung des sozialen Volksstaates und die Errichtung eines Diktaturstaates — gleich welcher Art es sein mag — zur Wehr setzen. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen sowohl um der sozialen Befreiung und politischen Freiheit des Gesamtvolkes willen, als auch um der politischen und sozialen Interessen unseres Standes selbst willen.

Eine politisch freie, sozial gleichberechtigte Arbeiterschaft kann nur bestehen in einem Staate, der ihr durch die Gleichberechtigung und politische Mitbestimmung aller Volksschichten dafür die Voraussetzungen gibt: Sich als gleichwertiger Stand einzugliedern in die Gemeinschaft aller Stände. Ein Staat, dessen politische und soziale Struktur und Führung aber die Diktatur einer Klassenherrschaft — ganz gleich von wo sie kommt — verwirklicht, gibt diese Voraussetzungen nicht. Die Arbeiterschaft geht in ihm nicht den Weg wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs, sondern der politischen und sozialen Entrechtung und des wirtschaftlichen Niedergangs. Darum unsere Abwehr gegen alle Reaktions- und Diktaturbestrebungen; darum unser aktives Eintreten in den christlichen Gewerkschaften für ein politisch national und sozial freies Volk — für den sozialen Volksstaat.

Die „Volksfront“

Zur Abwehr jeden Diktatur- und Reaktionswillens hatte sich schon in den bewegten Wochen um die Reichspräsidentenwahl aus den Reihen der gesamten christlichen Arbeiterbewegung die „Volksfront gegen Diktatur und Reaktion“ gebildet. Ihr Wille war gerichtet gegen jede Parteidiktatur und gegen jeden Versuch, die Arbeiterschaft von neuem zu entzweien. Es gehört im allgemeinen nicht zur Eigenheit des christlichen Volksteiles, auch nicht zur Eigenheit der christlichen Arbeiterschaft, Kampfformationen zu bilden, die im Notfall bereit sind, ihr Menschen- und Bürgerrecht auch mit körperlicher Gewalt zu verteidigen. Aber die Drohungen des Radikalismus gegen deutsche Staatsbürger, gegen die deutsche Arbeiterschaft waren allmählich so laut und handgreiflich geworden, daß auch die christliche Arbeiterschaft ihre Kampfkraft zusammenfassen mußte.

Sie tat es in der „Volksfront“. Ihre Aufgabe ist Verteidigung, nicht Angriff. Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte zunächst der Arbeiterschaft gegen alle illegalen Angriffe des Radikalismus. Der Aufbau der „Volksfront“ gliedert sich in Hundertschaften, Kameradschaften und Gruppen. Die Leitung ist in Köln, Venloerwall 9.

Fast glaubte das deutsche Volk schon, daß nach der Reichspräsidentenwahl politische Ruhe und Sammlung einziehen würden. Fast glaubte man, der Radikalismus, der durch Hindenburgs überwältigende Mehrheit eine schwere Niederlage erlitten, werde in seinen positiven, wertvolleren Elementen den Weg zur Mitarbeit finden, unter Achtung der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten des ganzen Volkes. Durch den Sturz der Regierung brünnung wurde dieser Weg abgeschnitten. Das deutsche Volk wurde durch das Auftreten der neuen Regierung und durch die einseitige Bevorzugung der Nationalsozialisten auseinandergerissen. Der Kurs der neuen Regierung, die sich auf alle reaktionären Kräfte und auf die Nationalsozialisten stützt, richtet sich gegen die Arbeiterschaft und gegen die staatsbürgerliche Freiheit des deutschen Volkes überhaupt.

Die Uniformierung der S. A. und S. S. peitschte die Leidenschaften, vor allem des Radikalismus, gegeneinander auf. Aber auch die ruhigeren Kräfte im deutschen Volk sehen mit Unwillen und Sorge in den provozierenden Aufmärschen der Uniformierten ein ständiges Drohen mit dem Faschismus gegenüber Arbeiterschaft und Volk. Die maßlose Fege der nationalsozialistischen Blätter tut ein übriges, um Groll und Abwehrwillen aller christlich-national und freivolklich denkenden Deutschen zu einer Abwehrfront zusammenzuschließen. Diese Abwehrhaltung gegen die Maßlosigkeit des Radikalismus, gegen die Drohungen mit dem Faschismus hat die „Volksfront“ härker denn je befehlt.

Im deutschen Volk herrscht dank der Maßlosigkeit des Radikalismus, vor allem des Nationalsozialismus, heute Schlagbereitschaft und politischer Schrei. Was Wunder, wenn auch das christliche Volk eine Faust braucht. Nicht nur christliche Arbeiter bilden die „Volksfront“. Auch Bürger, Angestellte, Beamte und Bauern des christlichen Volkes sind gekommen. Sie alle tragen das Symbol der „Volksfront“, das Zeichen des Bliges.

Die „Volksfront“ ist die Faust der christlichen Arbeiterschaft, des christlichen Volkes. Diese Faust wird keinen Deutschen treffen, der in Achtung halt macht vor der religiösen, der politischen, der sozialen Freiheit der andern. Sie trifft keinen, der nicht zuerst die Hand erhebt gegen Volksrecht und Volkswürde. Sie ist die Faust der Abwehr einer besonnenen, ernsthaften deutschen Volksgesundheit.

Was not tut

Eine Welle tiefgehender Zerküftung hat das deutsche Volk erfasst. Eine politische Wahl jagt die andere. Parteien, besonders die radikalen, überbieten sich gegenseitig im Beschimpfen und Herabsetzen des Gegners. Das Schlagwort, die Phrase beherrschen die Straße. Sie finden einen günstigen Nährboden in der tiefengroßen Not, die unser Volk bedrückt. 6 Millionen Menschen fehlt der Arbeitsplatz. Sie leben von kargen, völlig unzureichenden Unterhaltungen. Viele von ihnen schon jahrelang. Daß diese Jermürbten und Verzweifelten geradezu letzten nach einer Veränderung ihres Schicksals, ist erklärlich. Erklärlich ist auch, wenn diese Menschen dem Schlagwort, der Phrase eine leichte Beute sind. Deshalb ist es unerantwortlich, wenn die Volksnot von gewissen Parteien demagogisch ausgenutzt und die klare Sicht getrübt wird.

Wie im politischen — so ist es auch im Wirtschaftsleben. Auch hier alles andere als Volkserbundenheit. Berufsstand kämpft vielfach leidenschaftlich gegen Berufsstand. Die in den ersten Nachkriegsjahren mit vielen Hoffnungen ins Leben getretene — und von der christlich-nationalen Arbeiterschaft lebhaft begrüßte — Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist kläglich gescheitert. Statt Arbeitsgemeinschaft Kampf auf der ganzen Linie. Industrie und Landwirtschaft kämpfen gegeneinander, um für ihre Produktion günstige Absatzbedingungen zu bekommen. Die Industrie will ausführen. Das kann sie meist nur im Austausch gegen Agrarprodukte. Dagegen wehrt sich die Landwirtschaft. Sie verlangt auf diese Einfuhr hohe Schutzzölle. Das verteuert die Lebensmittel, wogegen sich wieder mit Recht der Konsument wendet.

Auf sozialem Gebiete wird der Kampf nicht minder heftig geführt. Die Arbeiterschaft hat auf diesem Gebiete im letzten Halbjahrhundert, in dauernem Kleinkrieg mit den jeweiligen Machthabern, nach und nach eine feste Position erkungen. Diese Position wird ihr in der Gegenwart stärkstens streitig gemacht. Sogar die Wissenschaft wird herangezogen, um den Nachweis zu führen, daß die deutsche Sozialgesetzgebung verfehlt war. Dabei ist interessant, feststellen zu können, daß diese starke Abneigung gewisser Kreise gegen soziale Einrichtungen in dem Maße wuchs, als die Schwierigkeiten einzelner Versicherungsträger bezüglich ihrer Finanzierung zunahmen. Wohl vernahm man auch in normalen Zeiten vereinzelt Stimmen gegen die soziale Gesetzgebung, doch das war belanglos. Erst die scharfe Krise mit ihrer starken Rückwirkung auf die einzelnen Träger der Sozialversicherung hat die Gegner auf den Plan gerufen. Da es sich hier um einflussreiche und mächtige Gruppen handelt, ist die Sozialversicherung stärkstens gefährdet. Die deutsche Arbeiterschaft wird um die Erhaltung ihrer sozialen Position einen harten Kampf zu bestehen haben.

Auf kulturellem Gebiete wird schon seit langem heftig gestritten. Die Gottlosenbewegung tritt immer offener und freier hervor. Sozialisten und Kommunisten reichen sich hier einträchtig die Hand. Nicht weniger gefährlich wie diese ist auch das verschömmene Christentum des Rechtsradikalismus. So verbogen wie das Hakenkreuz sind die christlichen Grundsätze dieser Volksgruppen.

So sehen wir auf allen Gebieten unseres völkischen Zusammenlebens den Geist der Zerküftung, den Geist des

Bruderkampfes. Mitten in diesem Kampfe steht die deutsche Arbeiterschaft. Gerade um ihre Stimmen wird leidenschaftlich gerungen. Man geht dabei von der zweifellos richtigen Voraussetzung aus, daß es letztlich auf die Stimmen der Massen ankommt. Auch unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung steht mitten in diesem Kampfe. Auch um die Seele christlicher Gewerkschaftler wird mächtig gerungen. Aber christliche Gewerkschaftler haben die Ziele all dieser Volksfeinde durchschaut. Sie lassen sich nicht von Phrasen und Schlagworten einfangen. Jahrzehntelange Arbeit im Dienste des Standes hat sie gelehrt, daß die Aufwärtsführung der Arbeiterschaft, die Erringung ihrer Gleichberechtigung, harter, jäher Arbeit bedarf. Diese Arbeit hat besonders die christliche Gewerkschaftsbewegung von jeher geleistet. Und sie war sicherlich nicht ohne Erfolg. Besonders auf arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Gebieten liegen die gewaltigen Fortschritte klar zu Tage. All dies soll nun mit Hilfe der Arbeiterschaft selbst wieder rückgängig gemacht werden. So ist es das Vorhaben der Scharfmacher.

Die gegenwärtige Volkszerrissenheit ist stärkstens dazu angetan, den Freund unserer Sozialgesetzgebung mit größter Sorge zu erfüllen. Gelingt es den reaktionären Volksgruppen, größeren Einfluß auf die Arbeiterschaft zu bekommen, dann ist es um die Fortschritte auf sozialem Gebiete geschehen. Ein jahrzehntelang heroisch geführter Kampf um Aufstieg und Lebensraum ist dann vergebens gewesen. Es gibt nur eine Möglichkeit, dem antisozialen Geist unserer Tage einen starken Damm entgegenzusetzen. Das ist der straffe Zusammenschluß in der Gewerkschaftsbewegung. Ohne diesen Zusammenschluß ist das Vorhaben der Reaktion nicht abzubiegen. Deshalb tut die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation so bitter not.

Gerade unsere christliche Gewerkschaftsbewegung hat von jeher den Geist wahrer Volkserbundenheit gefördert. Neben einer entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen hat sie nie vergessen, daß wahre Volkswohlfahrt nur begründet werden kann auf dem Boden echter Volksgemeinschaft. Ueber dem eigenen Standesinteresse stand ihr immer die Wohlfahrt des gesamten Volkes. Deshalb ist unsere christliche Gewerkschaftsbewegung mehr wie alle anderen berufen, diesem gefährlichen Bruderkampf ein Ziel zu setzen. Je mehr ihr Einfluß und auch ihre Stärke wächst, um so leichter wird es sein, dieses Ziel zu erreichen.

Wohl nie in der Geschichte unserer Bewegung war die Gefahr eines katastrophalen Rückschlages der Arbeiterschaft so groß wie gegenwärtig. Diese Gefahr muß auch von unserem letzten Mitglie in Betrieb und Werkstat richtig erkannt werden. In nie erlahmender Aufklärungsarbeit muß der Damm aufgeschichtet werden, an dem sich die Fluten reaktionären Rückschrittsgeistes brechen. Welcher christliche Gewerkschaftler wollte sich dieser Arbeit entziehen? Wohlan denn, auf die Dämme! Die Flut steigt!

R. B.

Man muß die Ehrlichkeit und stolze Aufrichtigkeit der aufziehenden „Volksfront“ in Westdeutschland, in Essen, Dortmund, Köln ufm. gesehen haben, man muß ihren Ruf „Frei Volk — frei!“ vor allem aus dem Munde der christlichen Arbeiter gehört haben, dann weiß man, hier ist eine Volksgruppe zur Abwehrfront ge-

zwungen worden, in der stolzer, besonnener Freiheitswille lebt. Hier ist eine Volksgruppe, in der man deutsches Freiheitsbewußtsein beledigt hat und ehrlichen deutschen Manneswillen. Sie werden einstehen für ihre Freiheit gegen Reaktion und Diktatur. Das ist die „Volksfront“.

Capitaine Blaché bricht einen Streik

Wir sind noch oft und noch lange eingezwungen in diesen Unglücksdacht. Wir haben noch lange im hochenden Revier 17, an der Spitze der Hölle gearbeitet.

Nur Dudziak, der Schleppler Dudziak, der einzige Ueberlebende und Augenzeuge vom Unglück, ist nicht mehr eingezwungen. Er hat einfach die Arbeit verweigert. Man hat ihn hungern und frieren lassen. Dudziak fuhr nicht mehr ein. Mit roher Gewalt schleppten sie ihn zum Gericht. Er bräute, bis, schlug um sich. Man drohte ihn zu erschlagen, stellte ihn gegen einen Holzbock, im Grubenhof. Dudziak rief sich die Kleider an der Brust auf und schrie: „Ich will wieder tot sein als noch einmal in die Grube fahren, in die Hölle!“

Man führte den Dienstverweigerer ab. In jenem Tag, als wir um 5 Uhr, bei Anbruch der Dunkelheit, wieder ins Lager kamen, fanden wir Dudziak blutend und halb besinnungslos hinter der Baracke im frisch gefallenen Schnee liegen. Ein Posten verzehrte aus dem Jutrit und jede Hilfeleistung, und wir erwarren, daß Lenelos den armen Kerl fast tragegeschlagen hat. Mit Faust und Füßen habe er den am Boden liegenden Verletzten bearbeitet und ihn, wenn er etwa die Hand oder den Arm zur Abwehr heben wollte, mit der Pistole bedroht.

Den ganzen Tag habe der Niedergeschlagene unter der Baracke jammern und blutend im Schnee gelegen. Uns erfaßt nun eine fürchterliche Wut. Was hier mit Dudziak geschieht, kann man nicht ertragen. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, wir müssen sofort eingreifen und vorbestellen werden, sonst ist es uns mit uns.

Eine Kommission wird bestimmt. Ich bin einer der Gewählten. Wir wissen, daß uns Gefährnisse und harte Strafen drohen, doch wir müssen mitmachen, sonst sind wir geistlos, sonst werden wir schuldig am Blut des Kameraden.

Montel empfängt uns, hört uns an. Wir verlangen die Ueberführung von Dudziak in die Revierhölle und eine Untersuchung des Falles, ob Dudziak tatsächlich die Hand gegen Lenelos erhoben hat oder nicht und ob diese Mißhandlung nötig war.

Der Sergeant dreht sein blondes Bärtchen und verpöbelt, Gerechtigkeit wollen wir lassen. Die jüngste Frage ist, was Recht und Unrecht ist, und werde Schuldige von Unschuldigen unterscheiden können. Aber er läßt sich nicht mit Capitaine Blaché, seinem Vorgesetzten, sprechen. Dies ist jetzt nicht mehr möglich, aber morgen abend, in vierundzwanzig Stunden also, könne er uns genaues Bescheid sagen. Man dürfe sich nicht ablassen lassen, dennoch seine Pflicht zu tun und zu arbeiten.

Das war so gut wie ein Sinauswurf, und in der Baracke herrschte große Empörung, als wir mit diesem Bescheid kamen. Nach kurzer Beratung wurde der Streik beschlossen.

Am folgenden Morgen haben die Schläfen gestreift.

„Aufstehen!“

Wir stehen auf.

„Einen-holer heraus!“

Wir treten heraus, empfangen unsere „Spruchsuppe“, vertilgen sie. Kein Wort fällt. Unsere Bläse sind jenseitig. Es ist eine wilde Gähnenzeit in uns, wie früher beim Morgenrauen, 15 Minuten vor dem Sturm, wenn das Unabänderliche, das Zurückbare geschehen sollte. Wir haben uns überzeugt, daß Dudziak immer noch hinter der Baracke liegt, hilflos, jammern. Nur hat ihn ein mitleidiger Posten, einer der in deutscher Gefangenensprache war und den diese Unachtsamkeit anerkante, zwei Decken zugeworfen. Jetzt werden Dudziak die Decken wieder abgenommen. Es herrt Stock und Stein. Der Verletzte wimmert vor Angst und Kälte.

Görgan, unser Sanitätsgehilfe, hat übrigens den Verletzten nachts alle zwei Stunden gekostet und ihn glühendheißen Rosinenteig gereicht. Nur so war es möglich, daß Dudziak nicht erstarbt ist.

„Ausreten!“

Wir treten an.

„Stillgeheuben!“

Wir stehen still. Unser Dolmetscher, Unteroffizier Reizing, schreut vor Aufregung, denn er ist in alles eingeweiht, er weiß, was geschehen wird. Es wird abgezählt. Die Zahl stimmt. Montel tritt uns vor und spricht:

„Trag des ärztgen Verboites, ich dem Reuter Dudziak zu verzeihen, hat es der Sanitätsführer Görgan gesagt, dem Salunken Lebensmittel zu reichen. Görgan vortreten!“

Der Geheilte tritt vor! Neben Montel steht Lenelos und grinst. Der Sergeant geht auf den Sergeanten zu, bliebt vorbestellenmäßig drei Schritte vor ihm stehen und reißt die Hacken zusammen. In nächsten Augenblick springt Lenelos vor und schreit: „Macht auf den Deutschen ein. Der jazeit und protestiert, Gefangenensprache sei verboten. Was da Gefangenensprache, du müßt uns Soldatinnen machen“, wisst Lenelos, „es war ja auch verboten, dem Schaf Dudziak Nahrung und Tee zu reichen.“

Wir marschieren, wir marschieren bedrohlich. Schreuen werden laut und lauter, bis Lenelos von Görgan abläßt. Die ausgerückte Reize schreut herum und wundert sich, zu allem entschlossen. „Görgan in Anschlag, Geirangergegr aufpflanzen! Wache heraus!“ schreit Montel und läßt zur Befröstigung seine Trillerpfeife spielen.

Posten springen von allen Seiten auf uns zu.

Görgan wird in die Arrestzelle geführt. Er blutet aus Mund und Nase.

„Lassen Sie die Leute abdrücken!“ schreit Montel, der langsam in Wut gerät. Der Dolmetscher befiehlt: „Mit Gruppen rechts schwenkt, marsch! Abdrücken!“

Keiner rührt sich. Alles bleibt stumm und still. Die Schläfen revoltieren. Reizing wiederholt seinen Befehl dreimal. Nichts geschieht.

Nun brüllt Montel wie ein gestochener Stier. Lenelos suchte mit seinen ungemachlenen Reherfausten, geht auf uns los. Wir bleiben stehen, atzend vor Wut und Scham.

Gleich wird der große Augenblick kommen!

Gleich wird Blut fliegen!

Blut!

Die Posten werden zurückbeordert, stellen sich uns gegenüber, Gemehr im Anschlag.

„Barum streikt ihr Hunde?“ brüllt Montel.

„Wir arbeiten nicht eher, bis der Kamerad Dudziak im Krankenrevier liegt und die Unterbringung über diesen unmenschenlichen Fall eröffnet ist. Wir verlangen ferner die Freigabe von Görgan, der nur seine verdammte Kameradschaftspflicht, seine Pflicht als Mensch und Deutscher getan hat!“

Montel wird verlegen.

„Ich werde zunächst mal die weiteren Befehle des Herrn Capitaine einholen“, brummt er und läßt uns abtreten, in die Baracke zurück.

Seit drei Stunden weilen wir in der Baracke, eingeschlossen. Kurz nach 8 Uhr gibt es Bewegung am Tor. Die Wache tritt unter Gemehr. Wir hören die schlappen Präzidentgriffe und halb darauf die schauzende Stimme des Capitaine Blaché.

Fünf Minuten später müssen wir antreten. Wir sehen, wie auf dem Dach der Wafschkauer ein Maschinengewehr gerichtet und geladen wird. Seine Mündung zeigt drohend auf uns. Jetzt fahren draußen zwei Lastwagen vor, und fünfzig schwerbewaffnete Poilus springen ab, kommen in das Lager, umzingeln uns.

Die Kommission soll vortreten und ihre Wünsche äußern!“ brüllt Blaché. Wir treten vor, wiederholen unsere Wünsche und Befehrerden. Der Capitaine hört uns an, richtet darauf dreimal die Aufforderung an uns: „Wer arbeiten will, der soll vortreten!“ Vergebens, keiner tritt vor. Wir hätten den Streikbrecher nachts totgeschlagen. Aus Angst vor uns Entschlossenen bleiben auch die Kuratippen stehen.

„Zurück in die Baracke!“ brüllt Blaché und hebt die Posten gegen uns. Die neuangekommenen Soldaten, alles junge Sur-

Und nochmals: Wagner & Moras A.-G.

Es ist schon wiederholt auch an dieser Stelle über den Zusammenbruch des Wagner & Moras-Konzerns geschrieben und berichtet worden.

Der damals bereits in Erwägung gezogene Gedanke, daß eine Besserung der trostlosen Lage, in welcher sich augenblicklich der Konzern befindet, nach menschlicher Voraussicht nur durch eine teilweise oder noch richtiger durch eine vollständige Auflösung des Konzerns in der bisher bestandenen Form und vor allem nur durch ein vollständiges Abtrennen der Direkt-Verkaufs-Geschäfte eintreten kann, scheint jetzt auch von den maßgebenden Stellen als der einzige zum Abwenden des Schlimmsten offenstehende Weg erkannt worden zu sein. Er ist auch zum Teil bereits beschritten worden.

Die Direktläden sind inzwischen von einem Berliner Konsortium unter Führung der „Aktiengesellschaft für Handels- und Industrie-Kredit“ (AGIZ) Berlin, übernommen und vom Konzern bereits abgetrennt worden. Wie auch bereits verschiedentlich durchsickert, sind an diesem Kauf Persönlichkeiten beteiligt, deren Namen noch kurz vor dem Zusammenbruch in der Geschichte des Konzerns eine große und entscheidende Rolle gespielt haben. Der Kaufpreis soll dem Vernehmen nach auch derart niedrig gewesen sein, daß diese Manipulation ein glänzendes Geschäft für die Käufer bedeuten dürfte.

Es wäre demnach ein bedeutendes, ja vielleicht das hauptsächlichste auf die Sanierung des Konzerns von großem Einfluß gewesen Hindernis aus dem Wege geräumt. Trotzdem erklärte der sächsische Finanzminister in der Sitzung des sächsischen Landtages am 4. Juli 1932 zu einem Antrag, die Sanierungsfrage Wagner & Moras betr., daß, wie schon das Arbeitsministerium am 15. Juni mitgeteilt habe, mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Staates eine geldliche Unterstützung für die sächsischen Betriebe von Wagner & Moras nicht in Frage kommen könne. Eine etwaige Hilfe durch die Sächsische Staatsbank würde zunächst zur Vorauszahlung haben, daß der angebotene Vergleich und eine Verständigung mit den Obligationären zustande komme und sich danach für das Bankenkonsortium, dem die Staatsbank angehört, die Möglichkeit einer Fortführung einzelner Konzernbetriebe auf wirtschaftlich rentabler Grundlage ergäbe. Daß aber der Textilkonzern in seiner bisherigen Zusammensetzung und seinem bisherigen Gesamtumfang nicht mehr weitergeführt werden kann und soll, darüber dürften eigentlich keine Zweifel mehr bestehen. Im Gegenteil, nur auf der Grundlage, wie sie vor der Konzernbildung bestanden hat, also vor dem 1. August 1924, kann ein Wiederaufbau bzw. eine Inangriffnahme derjenigen Werke, die sich bereits damals als rentabel erwiesen haben, in Frage kommen.

Während in der Zentrale des Konzerns der Gläubigerausschuß Beratungen und Konferenzen abhält, liegt Friedhoffstimmung über den Produktionsstätten des Konzerns. Still stehen die Räder, und der Rost hat mit seinem zarten Rot die bis dahin noch blanken Stahlteile der Maschinen überzogen. Wie lange sollen die zu der unfreiwilligen Erwerbslosigkeit verdamnten Werksangehörigen noch feiern? Wann wird das Räderwerk der einzelnen Konzernbetriebe wieder in Gang kommen? Und wenn der Fall eintreten sollte, unter welchen Verhältnissen und Bedingungen soll der produktiv betätigte, mit freiem Willen ausgestattete, für Freiheit und Gleichberechtigung bestimmte Mensch die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Aussichten in dieser Richtung sind alles andere als rosig zu nennen, zumal die jetzige Regierung in Fragen, die das Wohl des Arbeiters betreffen, sehr wenig großzügig ist.

Darum heißt es jetzt erst recht, aktiv in der Gewerkschaft mitzuarbeiten, d. h. fest zusammenzutreten gerade in den jetzigen Tagen und den kommenden Wochen, und zu werden! Die noch außerhalb der Organisation stehenden Arbeitsschwärmer und -brüder müssen aufgerüttelt werden! Alle christlich denkenden und handelnden Arbeits-

Die Front der Gewerkschaftsfeinde und ihre Kampfmethoden

Die Düsseldorfener Tageszeitungen berichteten am 7. Juli d. J. über eine „Sozialpolitische Tagung“ der Deutschnationalen Volkspartei. Den Hauptberatungstoff bildete das Thema: „Um die Gewerkschaftspolitik“.

Schon daß diese Tagung ständig im Haus „Vaterländischer Verbände“ abgehalten wird, kennzeichnet ihre Einstellung zur Sozialpolitik. Ein Herr Jaeger aus Essen (M.D.N.) referierte über das Thema:

„Was brachte die Gewerkschaftspolitik der Nachkriegszeit den Angestellten?“

Es kam Herrn Jaeger wahrlich nicht darauf an, den Zuhörern die Wahrheit über die Gewerkschaftsbewegung zu sagen, sondern er stellte sein Referat ganz darauf ein, was die Herren und Damen der Deutschnationalen Volkspartei hören wollten. Unsere Mitglieder mögen darüber selbst entscheiden, ob diese unsere Feststellung zutrifft. Den nachstehenden Unsinns über die Gewerkschaften nahmen die anwesenden Zuhörer begeistert auf:

„In der Vorkriegszeit hätte es nur eine Kampforganisation, die freien Gewerkschaften, gegeben, jetzt hätten sich alle Gewerkschaften im Gegenjah zum Arbeitgeber gestellt. Die Gewerkschaften hätten nach dem Kriege nicht den Geist der Frontkameradschaft in die Betriebe getragen, sondern den Klassenhaß. Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien durch die Gefährdung seelisch auseinandergerissen worden, nur noch eine Steuer-, Tarif- und Sozialpolitik. Heute mache man den Unternehmern den Vorwurf einer rücksichtslosen Rationalisierung, die Gewerkschaften seien es aber gewesen, die als erste die Rationalisierung gefordert hätten. Obwohl die Gewerkschaften die Macht besäßen, seien sie nicht in der Lage gewesen, den Lebensstandard der Arbeitnehmer zu heben. Im Gegenteil, ein verhängnisvoller Rückschritt habe sich gezeigt. Jetzt wollten die Gewerkschaften die Wirtschaft durch Verkürzung der Arbeitszeit ankurbeln, womit aber keinerlei Hilfe gebracht werden könne. Auf außenpolitischem Gebiete seien die Gewerkschaften durch ihr Eintreten für die Erfüllungspolitik nicht weniger unheilvoll tätig gewesen. Daher müsse sich der deutsche Arbeiter und Angestellte loslösen von den Gewerkschaften. In einer vernünftigen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung stelle die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Notwendigkeit dar.“

Im Anschluß daran verbreitete sich Dipl.-Ing. Weiß (Düsseldorf) über das Thema: „Der nationale Arbeitnehmer in der berufsständischen Wirtschaftsordnung“. Zu fordern sei die Zerlegung des Sozialismus, auch des sogenannten „Deutschen Sozialismus“, denn jede Art von Sozialismus führe zum Unheil. Ferner gelte es, Schluß zu machen mit dem Gewerkschaftsreferat und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Statt dessen sei der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht zu fördern. Um eine berufsständische Wirtschaftsordnung zu schaffen, ergebe sich zuerst die Notwendigkeit, eine Mehrheit aus unorganisierten und nationalen Arbeitnehmern zu bilden. Ein Anrecht auf Arbeit müßte in der neuen Ordnung in erster Linie den brauchbaren Kräften zugestanden werden. Die größten Schwierigkeiten lägen in dem Uebergang zur neuen Gestaltung der Dinge.“

Kollegen müssen nun aktiv mit eintreten in unsere Front gegen die von allen Seiten einziehende und von der Regierung unterstützte Ausbeutung des heute ohnedies schon auf den Bettelstab sich stützenden deutschen Arbeiters.

Auch aus dem nationalsozialistischen Lager müssen wir wieder eine sehr interessante Mitteilung darüber bringen, wie die Wirtschaftsreferenten, also die Hauptleitung der NSDAP, den Arbeitgebern die kommende Sozialversicherung und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter schmähhaft machen. Der Nachrichtenendienst der volksnationalen Reichsvereinerung des Landesverbandes Sachsen veröffentlicht in seiner Nr. 18/1931 folgenden Vortrag:

Auszug aus einem Vortrage des Herrn Dr. Wagner, München, Wirtschaftsreferent der NSDAP, gehalten in der Gesamtvorstandssitzung des Verbandes sächsischer Industrieller am 1. Juli 1931 in Chemnitz:

„Die proletarische Arbeiterschaft beehrte auf, rüttelte an ihren Ketten, und nun schuf man in den 70er Jahren aus Angst, um die Begegnung zu mildern und Explosionen zu vermeiden, die soziale Gesetzgebung. Dies sei der größte Fehlergriff, sowohl des Unternehmens als auch der Regierung gewesen. Es sei dadurch erst die Korruption in die Massen getragen worden, denn die Krankenversicherung habe erst die sozialen Mißstände geschaffen, denn nicht der Kranke würde geschützt, sondern derjenige, der krank werden wollte. Die Invalidenversicherung, die Milliarden verschlungen hat, sei ein Betrug am Volke, und durch die soziale Gesetzgebung wurde die Proletarisierung der Massen erst vollkommen durchgeführt, dieses jetzige liberalistische System muß deshalb zerbrechen, muß abgeändert, und zwar gründlich von der Wurzel aus und ein neues Wirtschaftssystem muß geschaffen werden.“

Im „Dritten Reich“ wird das zukünftige Wirtschaftssystem nach Ständen gegliedert, es soll also der Ständestaat geschaffen werden, der in großen Umfassen ungefähr dem Zustand des Mittelalters vergleichbar sein wird, fünf Berufsstände sollen maßgebend sein, und zwar Landwirtschaft, Industrie, Handel, freie Berufe, Gewerbe. Es sind Ständekammern vorgesehen mit einem Präsidenten an der Spitze. In allen Fragen entscheidet der Präsident, und den Anordnungen und Entscheidungen des Präsidenten ist unbedingt Folge zu leisten. Die einzelnen Kammern sollen sich wieder in Fachgruppen gliedern.

„Allgemeine Tarife seien verboten, bezahlt würde ein sogenannter Leistungslohn. Den Betrieben ist die letzte Festlegung der Löhne vorbehalten. Die Betriebsräte bleiben bestehen. Kommt es zu Meinungsverschiedenheiten oder anderem, so hat der Schlichter zu entscheiden, er darf aber nur der einen oder anderen Partei recht geben, Zwischenlösungen gibt es nicht. Steuern kommen nur dann in Betracht, und zwar die Einkommensteuer und die Verbrauchssteuer.“

Jeder Stand hat die Möglichkeit und die Pflicht, sich eine eigene Bank zu gründen. Die Frage, woher das dazu nötige Kapital nehmen, ist wie folgt zu beantworten: An Stelle der sozialen Versicherung, die aufgehoben wird, treten Zwangssparkassen. Es ist jeder verpflichtet, ganz gleich, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, wöchentlich oder monatlich einen bestimmten Teil seines Einkommens dieser Zwangssparkasse zuzuführen. Diese Spargelder sind den Banken als Kapital zur Verfügung zu stellen, und hier liegt der Angelpunkt des ganzen Systems, das dadurch die Brechung der jetzigen Zinsknechtschaft durchführen will.“ F. M.

Es gilt jetzt das für die deutsche Arbeiterschaft mühsam Errungene zu erhalten und zu mehren, oder alles zu verlieren. Arbeiter und Arbeiterin, es liegt in deiner Hand!

Ich, die noch nie im Felde waren, gehen besonders roh und geschäftig vor, treten, schlagen und stoßen mit Kolben auf uns ein, um uns schneller in die Baracke zu drängen. Dann wird die Tür verschlossen, und ein Doppelposten stellt sich davor. Doppelposten stehen auch vor jedem Fenster. Und nun werden Schläuche gebracht, Schmore, dicke, gepanzerte Schläuche, die schon einen guten Druck aushalten können. Man schließt sie an die Hauptdampfleitung, die in dicken isolierten Rohren an unserer Baracke vorbeiführt, glühendheiße Dämpfe zu benachbarten Werk leitet.

Die offenen Ende der Schläuche drückt man durch rasch vergrößerte Öffnungen in unsere Baracke, und dann wird der Dampf aufgedreht.

Jetzt lachen wir noch über den Blödsinn der Franzosen. Die wollen uns mit Dampf erschrecken! Kindisch! Ja, wenn das Flammenwerfer wären, aber ganz einfacher Dampf! Huh! Uhhig, diese Franzosen!

Nach fünf Minuten ist unsere Baracke in dichten, weißen Dampfnebel gehüllt. Wir schweigen. Es wird unerträglich warm. Wir reißen uns die Uniformen vom Leib.

Und der Dampf strömt weiter, strömt weiter. Lungen ringen nach Luft. Wir erkletterten die obersten Trittschritte, versuchen das Dach zu durchstoßen.

Unter den Sparrn kondensiert sich der Dampf, fällt als Sprühregen nieder. Immer weiter strömt und drückt der Dampf in die Baracke. Da bricht die Panik aus.

Dreihundert Menschen schreien, brüllen, überstürzen sich in Todesangst.

Auf dem Boden liegen sie, den Mund gegen die festgestampfte Erde gepreßt.

Auf die Aftlöcher und Schlauchenden springen sie und versuchen mit Kleidungsstücken den austretenden Dampf abzu-dämmen. Weichen jäh zurück, brüllen vor Schmerz und drücken die verbrühten Hände unter die Achselhöhlen.

Sie laufen an die Tür und rütteln, sie versuchen die Fenster einzuschlagen und sehen da, hinter den Scheiben, über die Kondenswasser rinnt, die schwarzen, drohenden Mündungen von Gewehrkräusen, schon zum Schuß bereit. Raus und lassen ab.

„Gnade! Gnade! Pardon! Pardon!“ schreien die vor Atemnot und Angst verbrühten Menschen.

Freischien krachen zusammen. Einer lacht laut, markerschütternd, fürchterlich.

„Wir sterben, wir sterben! Haltet ein! Stellt den Dampf ab. Seid Menschen und stellt den Dampf ab, ihr da draußen. Wir wollen ja arbeiten gehen. Wir streiken nicht mehr. Haltet ein, haltet ein!“

Wir hämmern gegen die Wände, die wir in der bläulichen Dunkelheit des heißen Dampfnebels ertasten. Und da hört das Zischen plötzlich auf. Die Türen und Fenster werden von draußen aufgerissen, und man fordert uns auf, jetzt vernünftig und ordentlich anzutreten, und zur Bekräftigung dieser Einladung droht das Maschinengewehr drüben auf dem Dach der Maschinenhalle.

Wir treten an, ein zerärrtetes, geschlagenes Häuflein. Unsere Uniformen triefen. Unsere Gesichter sind rot, die Augen entzündet, die Hände verbrüht. Wir keuchen und atmen gierig die frische Luft.

Sind mutlos, traurig, beschämt. Eine geschlagene, eine jämmerlich geschlagene Truppe. Unsere Niederlage ist groß und beßellos. Aber es ist ein schmähvoll erzwungenes Nachgeben. Blache hat gesagt, aber nur gegen Wehrlose.

„Rechts schwenkt, marsch! An die Arbeit!“

Wir schwenken ab, mit gesenkten Köpfen, marschieren durch das Tor, über die Straße, auf den Schacht zu.

Oben vom Dach droht noch immer das Maschinengewehr.

Rechts und links gehen hundert Poilus mit aufgespitzten Bajonetten.

Eine halbe Stunde später sind wir umgezogen, sind am Schacht fertig zur Seilfahrt, dreihundert schwarze Kumpels mit reihundert Lampen.

Da erst wird oben, auf dem Maschinendach, das Maschinengewehr eingeschwenkt und kitzelnd entladen.

Mit jrdl. Erlaubnis des Verlages entnommen aus: „Zehngau schafft Dividende“. Das Buch einer qualvollen Gefangenenschicht von P. C. Ettighofer (Reinen 450 RM. kartoniert 3,- RM.). Gilde-Verlag, G. m. b. H., Köln.

Karl Ettighofer, der Verfasser des gemaltigen Kriegsbüches „Gepeineter am Toten Mann“, das zu den besten Kriegsbüchern überhaupt gehört, legt in diesen Blättern das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich nieder. Jener deutschen Kriegsgefangenen, aus deren Blut und Lebenskraft — aus deren zerüttelten, ohnmächtigen Körpern französische Siegerwälfür Dividende schaffte — in den süßfranzösischen Jagstplätzen, in den Gruben von St. Etienne-Firmung und auf den Schlachtfeldern bei Arras und Albert. Der Bericht dieses „P. C.“ ist frei von Tendenz oder politischen Auseinandersetzungen, ist lediglich nüchternen Tatsachenbericht, aber eben um dieser Sachlichkeit und Realität, um dieses bewußt nüchternen auf allen

Pathos verzichtenden kunstlosen Berichts willen doppelt erschütternd und ergreifend. Worte sind zu schwach, um den tiefen, unaussprechlichen Eindruck wiederzugeben, den dieses Buch macht. Man hält, und mag man auch noch so oft von der Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich gehört haben, es für unmöglich, für unfassbar, daß solches Grauen, solche Kulturschande in unserer Zeit der vielgerühmten „Zivilisation“ noch möglich ist. Wie ein Apdrukk legt sich dieses furchtbare Geschehen auf die Seele und lastet tage- und wochenlang. Mit dem Verfasser des Buches wird man wünschen, daß alle deutschen Volksgenossen dieses Buch von den Leiden der deutschen Kriegsgefangenen lesen möchten. Insbesondere jene durch einen von Parteidemagogie bewußt geächteten Uebernationalismus Befangenen. Sie würden erkennen, zu welch grauenhaften Folgen ein in blindem Eigennutz, in Ueberheblichkeit und Klassenhaß übertriebener Nationalismus führt.

Allgemeine Rundschau

Keine Krankenkassenwahlen.

Die für die Arbeiterschaft wichtigen Urwahlen zur Sozialversicherung wurden durch ein Gesetz vom 8. April 1927 vereinheitlicht. Die Amtsdauer aller Ehrenämter in der Sozialversicherung wurde auf fünf Jahre festgesetzt und ein gleichmäßiger Ablauf der Wahlen in der Krankenkassen auf den Jahreswechsel geschaffen. Erstmals fanden nach diesem Gesetz die Krankenkassenwahlen Ende des Jahres 1927 statt. Sie waren nun erneut Ende des Jahres 1932 notwendig gewesen. Um jedoch die mit solchen umfassenden sozialen Wahlen verknüpfte Unruhe im Kreise der Versicherten zu vermeiden, war durch die Vierte Rotverordnung vom 8. Dezember 1931 die Reichsregierung ermächtigt worden, neben dem Wahlgesetz nach dem Betriebsrätegesetz auch die nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz, dem Reichsknappschaftsgesetz und dem Schwerbeschäftigtengesetz am höchstens ein Jahr zu verlängern. Während bereits früher eine Verlängerung der Betriebsrätewahlen, die in diesem Jahre hätten stattfinden müssen, erfolgt war, ist nun durch eine Verordnung über die Verlängerung der Wahlzeit in der Sozialversicherung vom 25. Juni 1932 (RGBl. I, S. 340) von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht worden. Die Wahlen sind um ein halbes Jahr vertaät. Damit fallen die Krankenkassenwahlen ebenso wie die Wahlen der Knappschaftsältesten und der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung in diesem Jahre aus.

Ein Nachwort zur Lohn- und Tarifbewegung in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie

Die Lohn- und Tarifbewegung in der Gladbach-Rheydter und Dierfelder Textilindustrie ist beendet. Viele unwahre Behauptungen über den Verlauf der Bewegung wurden und werden immer noch aufgestellt. Deshalb ist eine Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes dringend geboten.

Am 12. Juli 1932 fällt der staatliche Schlichtungsausschuss in Gladbach einen Schiedsspruch, wonach die Löhne im allgemeinen um 5 Prozent und für bestimmte Arbeiterinnengruppen der Baumwollspinnerei, Baumwollweberei und Buzkinweberei vorher um 2 Prozent ermäßigt werden sollten. Außerdem sollten in der Buzkinweberei diejenigen Artikel, die zur Zeit in größeren Umfängen auch in den Baumwollwebereien hergestellt werden, nach dem Baumwollwebertarif bezahlt werden. Gerade diese letzte Bestimmung fand wegen ihrer nicht übersehbaren Auswirkung den allerheftigsten Widerstand der Buzkinweber. Es wurde nicht zu unrecht befürchtet, daß hier der Anfang zur Beseitigung des ganzen Buzkintarifes gemacht werden sollte. Die große Lohnkommission lehnte deshalb den Schiedsspruch ab. Der Arbeitgeberverband nahm den Schiedsspruch an und beantragte dessen Verbindlichklärung beim Schlichter.

Die Verhandlungen beim Schlichter verliefen ergebnislos. Der Schlichter gab sich alle Mühe, um zu einer Verständigung zu kommen. Als alle Beteiligten glaubten, eine Verständigungsgrundlage gefunden zu haben, erklärten plötzlich die Arbeitgebervertreter, keine Vollmacht zu besitzen, von den Bestimmungen des Schiedsspruches abzugehen. Daraufhin setzte der Schlichter die Weiterberatung aus und verwies die Streitfrage zur erneuten Beratung an die Parteien zurück. Es kam dann auch zu einem Verhandlungsergebnis, wobei die Frage der Buzkinweberei aus dem Schiedsspruch herausgenommen wurde.

Die große Lohnkommission der Arbeitergewerkschaften hat sich am 17. Juli 1932 mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigt. Sie stand vor der Frage, ob unter diesen Umständen auf den Abschluß neuer Tarifverträge noch Wert gelegt werden könnte oder ob ein tarifloser Zustand für die Arbeiterschaft günstiger sei. Nach sehr eingehenden Erörterungen entschied sich die Lohnkommission, welche sich ausschließlich zusammensetzt aus Arbeitern und Arbeiterinnen, für den Abschluß der Tarifverträge auf der Grundlage des Verhandlungsergebnisses, weil sonst für die Arbeiterschaft noch erheblich größere Nachteile durch einen tariflosen Zustand eintreten würden. Nach dieser geheimen Abstimmung der Lohnkommission war für die Gewerkschaften ein neuer Rechtszustand geschaffen und die Bewegung damit abgeschlossen.

Für die Vorgänge am 18. Juli und den späteren Tagen müssen die Gewerkschaften die Verantwortung ablehnen. Die R. P. D. und R. G. D. hatten eine Generalkampfpapete gegen den Lohnraub ausgegeben. Die Mehrheit der Textilarbeiterchaft bewahrte Ruhe und Besonnenheit. Dennoch gelang es betriebs- und ortsfremden Terrorgruppen, die Baumwollweberei Klorsheim & Co., Tuchfabrik Klein & Bogel, die Gladbacher Wollindustrie vom 2. Josten, die Tuchfabrik und Spinnerei Achter & Ehels, die Tuchfabrik Dormanns und die Tuchfabrik Fritz Cohen zum Stillstand zu bringen.

Die Belegschaften dieser sechs Betriebe traten in den Ausstand und wurden für kommunistische politische Zwecke schwer mißbraucht. In allen Versammlungen traten auswärtige kommunistische Redner auf, die von dem Tarifvertrag und der Tarifbewegung in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie absolut nichts verstanden. Darauf kommt es bei der R. P. D. und R. G. D. auch nicht an. Diesen kommunistischen Bewegungen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterchaft vollkommen gleichgültig. Für sie ist das Wesentliche und die Hauptfrage, ob dabei politische Geschäfte gemacht werden können. Die Arbeiterschaft hat sicherlich diese Lehren aus diesen Vorgängen gezogen.

Sehr interessant und beachtlich ist die Haltung einzelner Mitglieder dieser „Kampfleitung“. Fritz Schmitz, der „Generalkampfleiter“, ließ noch am Freitag, dem 22. Juli 1932, die Belegschaft der Firma Fritz Cohen beschließen, daß der Kampf weitergeführt wurde. Am darauffolgenden Tage, Samstag, dem 23. Juli 1932, war dieser Held im Betriebe, bevor die Mehrheit der Belegschaft zur Arbeit angetreten war, und erklärte dem Obermeister und auch späterhin dem Betriebsdirektor, daß er seine Arbeitskraft zur Verfügung stelle, aber durch die Aufregung der letzten Tage arbeitsunfähig sei. Derselbe Mann ging einige Stunden später zur Belegschaftsversammlung der Firma Gladbacher Wollindustrie, vom 2. Josten, ließ sich als Wärtner feiern und eiferte die Belegschaft an, den Kampf weiter durchzuführen. Wie ein solches Verhalten zu beurteilen ist, muß jedem aufrechten Arbeiter überlassen bleiben.

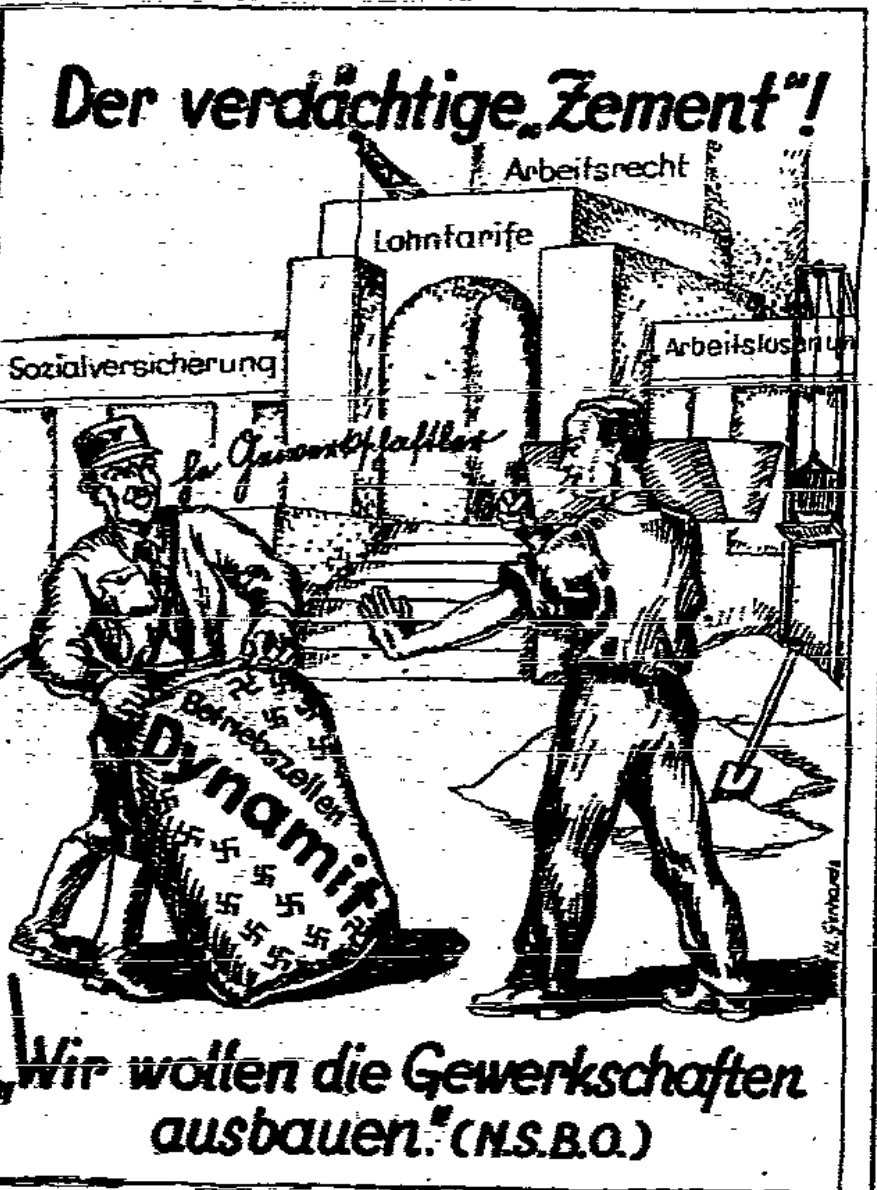
Bei der Firma Gladbacher Wollindustrie vom 2. Josten ist ein Betriebsratsvorsitzender mit Namen Philipp Leußen. Derselbe erklärte in der Sitzung der großen Lohnkommission, daß er ursprünglich an den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband teilgenommen hätte und feststellen müßte, daß die Gewerkschaften mit Zähigkeit und Energie die Tarifverhandlungen für die Arbeiterschaft geführt hätten und nach Lage der Dinge nichts anderes zu machen sei, als auf Grundlage des Verhandlungsergebnisses die Tarifverträge abzuschließen. In den Belegschaftsversammlungen soll Leußen etwas anderes erzählt haben und seine Zugehörigkeit zur „Kampfleitung“ läßt die Besonnenheit und Verantwortungslosigkeit dieses „Führers“ ganz deutlich erkennen.

Die Arbeiterschaft muß diesen „Generalkampfleitern“ die Quittung geben. Sie fragen die Schuld, wenn das Vertrauen der Arbeiter an die Selbsthilfe durch

solche Putschgeschwätz wird und das Mißtrauen gegen die Gewerkschaften wächst. Diese Putschisten tragen mit dazu bei, daß das einstige Bollwerk gegen die maßlosen Wünsche der sozialen Reaktion, die Gewerkschaften, zerschlagen wird. Der aufgeklärte Arbeiter macht das nicht mit und trägt dafür Sorge, daß die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation erhalten bleibt.

Die Vorgänge in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie zeigen aber auch, wie erregt und verbittert die Arbeiterschaft heute ist und daß es nur eines Funkens bedarf, um den vorhandenen Zündstoff zur Explosion zu bringen. Der fortwährende Lohndruck und die maßlosen Forderungen der Arbeitgeber auf Verschlechterung der Verträge treiben die Arbeiterschaft zur Verzweiflung. Hinzu kommt, daß die vom Arbeitgeberverband angeordnete und von den Betrieben durchgeführte Kündigung der Einzelarbeitsverträge den Kommunisten und der R.P.D. in Gladbach ihr Vorgehen zweifellos ganz erheblich erleichtert hat. Die Gewerkschaften haben die Vereinigten Arbeitgeberverbände der Gladbach-Rheydter Textilindustrie rechtzeitig gewarnt. Die Arbeitgeberseite hat diesen Warnungen kein Gehör geschenkt. Die Verantwortung für die Folgen eines solchen Spielens mit dem Feuer trägt deshalb die Arbeiterschaft.

Alles in allem: Die abgeschlossene Lohn- und Tarifbewegung in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie mahnt die Arbeiterschaft zur Einigkeit. Die Arbeit-



geberverbände hatten 37 Verschlechterungsanträge zum Manteltarif und 35 Lohnabbauanträge zu den Lohnstarifen gestellt. Sie werden die Versuche, diese Forderungen Wirklichkeit werden zu lassen, nicht aufgeben. Will die Arbeiterschaft demgegenüber ihre Belange wahren, so muß sie unausgesetzt um die Stärkung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter bemüht bleiben.
R. Dörpinghaus.

Erhöhung der Mietbeihilfen

Der preussische Wohlfahrtsminister macht in einem Erlass an die zuständigen Regierungspräsidenten nochmals darauf aufmerksam, daß infolge des Fortfalls der Hauszinssteuerbefreiung nach der letzten Rotverordnung alle Anträge auf Bewilligung von Mietbeihilfen oder auf Erhöhung bisher bereits bewilligter Unterstützungen beschleunigt erledigt werden müssen. Dabei ist von dem Grundgedanken auszugehen, daß der von der Mehrzahl aller Bezirksfürsorgeverbände als für den Wohnungsbedarf ausreißend anerkannte Teil von 20 bis 30 v. S. des fürsorgefähigen nur einen sehr bescheidenen Wohnbedarf decken kann. Je nach Lage des Einzelfalles werden daher die Höchstätze mit Rücksicht auf den etwa notwendigen höheren Mietbedarf zu überschreiten sein. Insbesondere ist der tatsächliche Wohnungsaufwand solange zu berücksichtigen, als er rechtlich unausweichlich ist und nicht von heute auf morgen mit einem geringeren ausgetauscht werden kann. Daher wird jetzt in vielen Fällen solchen Mietern, die bisher infolge der Stundung der Hauszinssteuer oder nur mit geringer Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge auskommen, eine erhöhte Beihilfe über die Höchstätze hinaus gewährt werden müssen, solange sie tatsächlich, insbesondere durch das Fehlen geeigneter Wohnungen, gezwungen sind, die jetzige aufzugeben. Bei den sehr oft erheblichen Beträgen, die in der augenblicklichen Lieberungszeit, insbesondere bei Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, ehemaligen Kapitalrentnern, Sozialrentnern und Erwerbslosen mit früher hohen Gehältern zu zahlen werden, können auch die von den Bezirksverbänden früher aufgestellten Höchstätze für reine Mietbeihilfen überschritten werden. Weiterhin verweist der Wohlfahrtsminister darauf, daß es dem wohlverstandenen Interesse der Mieter, Hauseigentümer und Bezirksfürsorgeverbände selbst entspricht, mehr als bisher die Mietbeihilfen unmittelbar an den Vermieter zu zahlen. Zu-

fällige Mittel für diese vorübergehende Erhöhung der allgemeinen Unterstützung und der Mietbeihilfen werden den Bezirksfürsorgeverbänden in Kürze zugeleitet werden.

Die Tarifunfähigkeit der Werkvereine

Reichsarbeitsminister Schäffer hat sofort nach seinem Amtsantritt auch die Vertreter der wirtschaftsfriedlichen Werkvereine empfangen. Die früheren Arbeitsminister haben den amtlichen Verkehr mit diesen Werkvereinen abgelehnt, da die Werkvereine von der ganzen Arbeitnehmerschaft einschließlich der Mitglieder der nationalsozialistischen Betriebszellen als gelb angesehen werden. Die Werkvereine erhofften von dem neuen Reichsarbeitsminister und der neuen Regierung ihre Anerkennung als tariffähige Vertragspartei. Die Besprechung zwischen dem Arbeitsminister und den Vertretern der Werkvereine hatte nun ein Schreiben des Reichsarbeitsministers zur Folge. Dieses Schreiben lautet:

„Nach geltendem Recht fehlt die Möglichkeit einen Streit darüber, ob ein Verband als tariffähige wirtschaftliche Vereinigung im Sinne der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung anzusehen ist, mit bindender Wirkung für alle mit der Anwendung der einzelnen Gesetze befaßten Stellen zu entscheiden. Unter diesen Umständen habe ich bisher stets davon abgesehen, zu der Frage der Tarifunfähigkeit eines Verbandes aus Anlaß eines Einzelfalles, der nicht meiner eigenen Entscheidung unterlag, Stellung zu nehmen, vielmehr die Entscheidung jedes einzelnen Falles den mit der Anwendung der Gesetze betrauten Stellen überlassen. An dieser Uebung muß ich auch im vorliegenden Falle festhalten. Bez. Schäffer.“

Somit hat sich an dem bisherigen Zustand, an der Tarifunfähigkeit der Werkvereine, nichts geändert.

Deutscher Gewerkschaftsbund gegen Margarinesteuer

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einer Eingabe an die Reichsregierung gegen die Pläne Stellung genommen, die eine stärkere Besteuerung des Margarineverbrauchs beabsichtigen. Die Eingabe weist auf den großen Margarinekonsum in den Arbeitnehmerhaushaltungen hin. Nach Angabe der Konsumvereine sind jetzt in vielen Gegenden bereits 70-80 v. S. der Verbraucher zu der allerbilligsten Margarineform in Preise von 28 bis 32 Pfennig je Pfund übergegangen. Eine Margarinesteuer erscheint aber auch um deswillen ungerechtfertigt, weil gerade die Arbeitnehmerschichten durch zahlreiche neue Steuern zusätzlich belastet worden sind. Ueberdies werde auch von landwirtschaftlichen Sachverständigen bestritten, daß eine Margarinesteuer den Butterverbrauch anregen könne. Gerade die Landwirtschaft, die eine Margarinesteuer befürworte, werde durch die weitere Verringerung der Kaufkraft breiter Schichten und durch den Entzug wertvoller Futtermittel selbst großen Schaden nehmen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bittet die Reichsregierung, der Einführung einer Steuer auf Margarine energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Um die gewerkschaftliche Unterstützung

Auf das Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Länder, das die Nichtberücksichtigung der gewerkschaftlichen Unterstützung bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zum Ziele hatte, haben nun auch Preußen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Oldenburg geantwortet. Auch in diesen Ländern soll die gewerkschaftliche Unterstützung nicht in Anrechnung gebracht werden.

Buchbesprechung

Hans Schwarz: Götter und Deutsche. Ganzleinen RM. 3,50. Bihl, Gottl. Korn, Verlag, Breslau 1.

Viele glauben, daß sich Dichtung und Politik nicht vertragen. Aber sie verwechseln Tendenzen mit Politik und Behauptungen des bürgerlichen Herzens mit Dichtung. Die Geschichte kann sich kritisch vertreten, die Dichtung braucht sich nur dem Schicksal anzuvertrauen, daß sich alle großen Völker in Sagen und Gestalten, in Göttern und Helden geschrieben haben, und sie wird die Zukunft in neuen Sibern vorwegnehmen, weil sie der Vergangenheit in ewigen Werten sicher ist.

Darum mußten wir erst wieder Politik als Schicksal empfinden, um wieder Dichtung als Deutung zu begreifen. Davon wissen heute die jungen Menschen mehr als die alten. Und die jungen Menschen geht diese Dichtung besonders an. Sie sucht die Gestalten der Sage wie Siegfried und Hagen, die Figuren des Trojes wie Prometheus, das Schicksal Hildeslins oder die Gottheit des Helandes in uns selber als Menschen der Gegenwart auf, sie schlägt die Brücke zu Wolken und Bergen, zu Krieg und Geburt und Tod, und immer sind wir mit unserem modernen Zwiepsalt zwischen Wissen und Glauben mitten darin.

So wird diese Dichtung „Götter und Deutsche“ zu einer Dichtung von deutschem Wesen, und deren gibt es bei uns nicht viele.

Bekanntmachung

Betrifft: Invalidenunterstützung.
Nach § 38 Ziffer 7 der Verbandsstatuten ist vor Ablauf eines jeden Monats der Hauptgeschäftsstelle seitens der Ortsgruppenverbände über die Anzahl der Invalidenunterstützungsfälle zu berichten. Die Mitteilung muß bis zum 20. eines jeden Monats erfolgen, auch dann, wenn sich an den Unterstützungsfällen nichts geändert hat. Vor Eingang der vorgeschriebenen Benachrichtigungen an die Hauptgeschäftsstelle wird in keinem Falle Unterstützung angewiesen.
Der Hauptvorstand.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Staatsbefragung. — Kampf um den Staat! — Die „Volksfront“. — Was ist neu. — Und nochmals: Wagner & Romas L.G. — Die Front der Gewerkschaften und ihre Kampfmethoden. — Ein Nachwort zur Lohn- und Tarifbewegung in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie. — Erhöhung der Mietbeihilfen. — Die Tarifunfähigkeit der Werkvereine. — Deutscher Gewerkschaftsbund gegen Margarinesteuer. — Um die gewerkschaftliche Unterstützung. — Feuilleton: Capitaine Blache bricht einen Streik. — Allgemeine Rundschau. — Buchbesprechung. — Bekanntmachung. — Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florastraße 7.